

STADT ASCHAFFENBURG
Posteingang

29. April 2011

KI* – c/o Johannes Büttner, Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister
Klaus Herzog
(per mail)

den Medien zur Kenntnis

Zusatzantrag TOP 4 Plenum: Ausstieg aus dem Atomstrombezug!

29. April 2011

In Ihrer Beschlussvorlage TOP 4 zur Sitzung des Plenums am 2. Mai 2011 zum Antrag der KI (schnellstmöglicher Ausstieg der AVG aus dem Bezug von Atomstrom) **empfehlen Sie, den Antrag der KI abzulehnen.** Sie beziehen sich dabei auf die Angabe der AVG, ein „kurzfristiger Ausstieg“ sei nicht möglich. Dazu stelle ich namens der KI folgendes fest:

1. Die KI hat nicht einen „kurzfristigen“, sondern den schnellstmöglichen Ausstieg beantragt. Ich darf darum bitten, in dieser wichtigen, viele besorgte Bürger bewegenden Frage nicht mit Verfahrenstricks bzw. Wortspielereien zu arbeiten. Nicht zuletzt angesichts der dramatischen Ereignisse in Japan ist vielmehr dringend ein seriöser Umgang mit dieser Thematik anzuraten. Selbst nach Auffassung der AVG ist grundsätzlich ein Ausstieg möglich, wobei selbstverständlich geschlossene Verträge einzuhalten sein werden. Eine seriöse Stellungnahme der AVG müsste vor allem die Frage beantworten, welche anderen Anbieter in Frage kämen und wie sich ggfs die Kostenseite entwickeln würde. Es kann und darf jedenfalls der Stadt und der AVG nicht gleichgültig sein, dass und wenn immer mehr Bürger zu Ökostromanbietern wechseln.
2. Die AVG gab sich viel Mühe bei der Darstellung, was physikalisch im Verteilnetz der AVG passiert. Allerdings ist es heute eine Binsenweisheit, dass Strom in der Leitung nicht in Atom- und Ökostrom aufgeteilt werden kann. Darum ging es auch im Antrag der KI nicht.
3. Statt Verwirrung zu stiften und vom Thema abzulenken, sollte die AVG aufgrund des Antrages der KI insbesondere folgende Fragen prüfen: - Kann für die noch offenen Strombedarfsmengen ab 2012 bis 2014 von anderen Erzeugern als bisher Strom aus regenerativen bzw. schadstoffarmen Quellen (z.B. Gas) bezogen werden? – Welche Anbieter kommen hierfür in Frage? -Wie hoch wären die Kosten hierfür im Vergleich zum börsennotierten Graustrom? -Welche unterschiedlichen Ökostromlabels und Nachweise liegen vor?
4. Ebenso hätte ich von der AVG erwartet, dass sie darlegt, in welchem Umfang in den

letzten Jahren, entsprechend der Kurzfristprognosen auf dem Spotmarkt Graustrom eingekauft wurde und inwieweit durch flexible Erzeugung selbst oder bei Dritten die nötige Stromlieferung durch regenerativen Strom gedeckt werden konnte. Ebenso erwarte ich, dass die AVG darlegt, wieviel Strom wegen Nichtbenötigung wieder verkauft werden musste. Hier sind Menge und Preise zu nennen.

5. Da sich die AVG beim Strombezug eng an ein vom Aufsichtsrat beschlossenes Risikohandbuch hält, beantrage ich hiermit, dieses Handbuch dem Stadtrat zur Beratung und Genehmigung vorzulegen. Der Aufsichtsrat der AVG unterliegt dem Weisungsrecht des Stadtrates in seiner Gesamtheit. (Näheres in einem gesonderten Antrag)

6. Der Stadtrat als verantwortliches Aufsichtsgremium für die AVG erwartet von diesem Unternehmen eine strategische Vorausschau. Die bisherige Unternehmensphilosophie bedarf angesichts der öffentlichen Diskussionen über die Zukunft der Atomkraft dringend einer Überprüfung. Wenn selbst die Bild am Sonntag kürzlich mehr oder weniger direkt den Wechsel des Stromanbieters zu Erzeugern von Ökostrom nahelegt, dann kann das weder von der AVG noch von der Stadt einfach ignoriert werden. Nicht nur in der KI oder bei den Grünen wächst der Druck, zu entsprechenden Anbieterwechseln aufzurufen. Noch hat die AVG die große Chance, selbst aktiv dafür zu sorgen, dass sie ihre Bestandskunden hält und neue Kunden durch eine deutliche Ausweitung des Ökostromangebotes gewinnt. Wer als erster umsteuert und eben – wie von der KI gefordert – schnellst möglich neue Wege geht, hat die besten Chancen am Ende auch ökonomisch als Gewinner dazustehen.

7. Am Schluss des Berichtes der AVG über den Antrag der KI wird in der Frage der Atomstromproblematik der Bundesregierung der Schwarze Peter zugeschoben. Nur wenn die Bundesregierung beschließen würde, alle Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen, wäre kein Atomstrombezug mehr möglich. Hier unterschlägt die AVG, dass gerade das praktische Handeln vor Ort politischen Druck auf den Atomausstieg bundesweit erhöht. Auch die Stadt Aschaffenburg und die von ihr kontrollierte AVG kann solche Schritte in den Ausstieg aus dem Atomstrom gehen. Proklamationen des Stadtrats in dieser Frage sind eine gute Sache, ohne weiteren und dauerhaften Druck werden wird den hier beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft nicht oder nur viel langsamer als gewünscht erreichen.

Die KI stellt zusammenfassend fest: Die AVG ist mit der Vorlage ihrer umfangreichen Stellungnahme dem Prüfungsauftrag des Stadtrats bislang nur teilweise nachgekommen, entscheidungsreife Unterlagen liegen somit noch nicht vor. Ich gehe davon aus, dass diese Einschätzung vom Stadtrat geteilt wird und die AVG die Gelegenheit bekommt, den Prüfungsauftrag insbesondere unter Beachtung der oben aufgeführten Ziffern 3 bis 5 abzuschließen. Dies stelle ich zusätzlich als Antrag.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Büttner
Stadtrat